

Appell

Das Ende des Rechtsstaats in der Türkei

Die IAJ ist besorgt, dass sich die ohnedies bereits unterdrückte Gerichtsbarkeit in ein total abhängiges Machtinstrument verwandelt. Die Venedig Kommission bestätigt die Befürchtungen der IAJ.

Die Internationale Vereinigung der Richter (International Association of Judges –IAJ) , welche die Verschlechterung der Situation der türkischen Justiz seit 2014 verfolgt, musste feststellen, dass seit diesem Zeitpunkt der Hohe Rat der Richter und Staatsanwälte (High Council of Judges and Prosecutors), welcher total von der Regierung dominiert wird, seine Macht ungesetzlich dazu benutzte, Richter und Staatsanwälte zu versetzen und zu disziplinieren. Nach dem Putschversuch entließ er Richter, welche schon lange vor dem Staatsstreich auf eine Liste gesetzt worden waren, ohne für die einzelnen Fälle konkrete Begründungen zu geben und ohne ein angemessenes Verfahren.

Auf diese Weise wurden seit dem 15.7.2016 24,4 % aller Richterinnen und Richter (2538 von 10.382) und 24,3 % aller Staatsanwältinnen und Staatsanwälte (1121 von 4622) entlassen, die Mehrzahl von ihnen befindet sich in Haft. Das Beispiel von deren Schicksal verbreitet Furcht bei den Richterinnen und Richtern und Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, die im Amt verblieben sind oder die kürzlich ohne ausreichende Erfahrung neu ernannt wurden. Es ist mehr als zweifelhaft, dass eine Gerichtsbarkeit in dieser Situation als unabhängig bezeichnet werden kann.

Unter diesen Umständen ist die IAJ durch die Analyse der vorgeschlagenen Änderungen der Türkischen Verfassung durch die Venedig Kommission des Europarats alarmiert. Die Verfassungsrechtsexperten der Venedig Kommission ziehen die Schlussfolgerung, dass die Änderungen „die Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit einer ernsthaften Gefährdung aussetzen würden“, weil der Präsident einen bestimmenden Einfluss auf den Hohen Rat der Richter und Staatsanwälte bekommen würde, welcher das Hauptorgan der Selbstbestimmung ist, indem es die Ernennung, Beförderung, Disziplinierung und Entlassung von Richtern und Staatsanwälten überwacht. Sie warnen auch, dass während ein Staat, der einem Präsidialsystem folgt, eine strenge gerichtliche Kontrolle benötigt, „die Änderungen ein bereits jetzt nicht adäquates System gerichtlicher Kontrolle der Exekutive schwächen würden.“

Dieser Appell richtet sich keineswegs gegen das türkische Volk oder die türkische Nation sondern beruht auf der Sorge der IAJ, dass die Türkei ihre eigenen Grundwerte verlieren könnte, welche sie mit anderen demokratischen Gesellschaften teilt. Im Anschluss an die Meinung der Venedig Kommission und den „Offenen Brief“, den die Europäische Richtervereinigung vor wenigen Tagen veröffentlicht hat, kommt die Internationale Vereinigung der Richter (IAJ) zum Schluss, dass derartige Entwicklungen den Rechtsstaat in einem Land beenden würden, welches eine demokratische Tradition aufweist, was die Bürgerinnen und Bürger durch die geeinte und tapfere Verteidigung gegen den schrecklichen Angriff vom 15. August bewiesen haben, ein Land, welches den Menschenrechten und den gemeinsamen europäischen Werten verpflichtet war.

IAJ, wie zuvor EAJ (eine regionale Gruppe innerhalb unserer Organisation), drängen daher alle wohlgesinnten Leute in der Türkei und im Rest Europas

- sich der Entwicklungen bewusst zu sein
- ersucht sie, dazu beizutragen, dass die volle Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit in der Türkei wiederhergestellt wird
- die türkischen Verantwortlichen zu überzeugen, dass die zu Unrecht entlassenen Richter und Staatsanwälte wieder eingestellt und die zu Unrecht in Haft befindlichen Richter und Staatsanwälte freigelassen werden und
- zu helfen, dass den Türkinnen und Türken eine unabhängige Gerichtsbarkeit garantiert wird, die ihre Rechte und Freiheiten schützt.